

## Anlage zu TOP 6.9

### Bericht der Bund-Länder-AG „Digitalisierung in der Kinder- und Jugendhilfe“

Die JFMK hat im Mai 2018 (TOP 5.4) die Einrichtung einer Bund-Länder-AG beschlossen und diese mit der Entwicklung von Strategien zu den Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung in der Kinder- und Jugendhilfe beauftragt.

Dabei wurden folgende konkrete Handlungsfelder benannt:

- a. Veränderung der Lebenswelt junger Menschen durch digitale Medien und gesellschaftliche Rahmenbedingungen
- b. Digitale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen
- c. Wirkung der Digitalisierung auf die pädagogischen Disziplinen und jugendpolitischen Bereiche
- d. Anforderungen an die Weiterentwicklung der Angebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe
- e. Veränderung der Arbeitsbedingungen, Kommunikationsprozesse und Öffentlichkeitsarbeit in den Feldern der Kinder- und Jugendhilfe
- f. Technische Ausstattung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe
- g. Qualifizierung der Fachkräfte in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Der Beschluss der JFMK in ihrer Sitzung im Mai 2021 (TOP 6.7), verdeutlicht die aktuellen und dringenden Handlungsbedarfe im Zusammenhang mit der Digitalisierung in der Kinder- und Jugendhilfe und spricht sich für eine gemeinsame Strategie von Bund, Ländern, Kommunen und freien Trägern zur Verbesserung von Infrastruktur und Ausstattung sowie zur Stärkung der rechtlichen Handlungssicherheit und vor allem der Fachlichkeit in allen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe durch Konzepte und Qualifizierung aus.

In den darauffolgenden Monaten hat sich die AG in sechs arbeitsintensiven Treffen mit der Erstellung eines Eckpunktepapiers sowie eines Umsetzungskonzeptes befasst. Dieses Konzept soll die fachlichen Anforderungen an eine Digitalisierung der verschiedenen Arbeitsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe abbilden und Lösungsoptionen aufzeigen.

Aber auch das Jahr 2021 stand im Zeichen der Corona-Pandemie und es kam in allen Bereichen zu einer kaum noch zu bewältigenden Flut an anderweitigen Aufgaben. Dies betraf alle beteiligten OLJB, insbesondere jedoch diejenigen, deren Häuser auch Gesundheitsministerien sind. Dies hat auch dazu geführt, dass die AG durch immer wieder kurzfristig notwendige Terminabsagen einzelner Mitglieder und die dadurch bedingte jeweils unterschiedliche Zusammensetzung nur begrenzt arbeitsfähig war.

Zudem ist die AG zu dem Ergebnis gekommen, dass die Mittel, die nach dem Beschluss der JFMK aus Mai 2021 für eine externe Unterstützung von den Ländern und dem Bund bereitgestellt werden sollen, in dem Haushaltsjahr verausgabt werden müssen, in dem sie vereinnahmt werden.

Aus diesem Grund hat sich die AG entschieden, den Prozess gezwungenermaßen eine gewisse Zeit ruhen zu lassen und erst im Sommer 2022 wieder aufzunehmen. Das nächste Treffen soll am 10./11.08.2022 in Berlin und als Präsenzveranstaltung stattfinden, da auch das bisher rein digitale Miteinander das konzentrierte Arbeiten erheblich erschwert hatte.